

APOLOGETISCHE BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Postcheck-Konto VIII.4151

Zürich / Hirschengraben 186

No.2

14. Januar 1939

3. Jahrgang

I n h a l t

1. Sozialismus	1

a) Stimme ernster Kritik	1
b) Sozialistischer Streit in der Schweiz	3
2. Kommunismus	4

<u>Uebersicht:</u> a) Dimitroff über die Aufgaben des Kommunismus 1939	4
b) Gewerkschaftskongresse in U.S.A.	5
c) Auflösung des Kommunismus in der Schweiz?	6
3. Nationalsozialismus	6

Kalender und nationalsozialistische Weltanschauung	6
4. Protestantismus	7

Auseinandersetzungen in der schweiz.reformierten Landeskirche	7

1. S o z i a l i s m u s .

a) Stimme ernster Kritik.

Der Sozialismus steht heute ohne Zweifel in einer grossen Krise. Hendrik de Mans, Prof. Anna Siemsen und andere versuchten durch Aufdeckung der Versagungspunkte neuen Schwung in die sozialistische Bewegung zu bringen. In der Januarnummer 1939 der "Sozialistischen Warte" versucht nun Martin Hart unter dem Titel "Kritik des Sozialismus" die Hauptfehler der sozialistischen Taktik aufzudecken und Arbeit und Wege anzudeuten, die er für gangbar und nötig hält und die "aus dem Elend erlösen" sollen.

Als Hauptfehler der sozialistischen Taktik nennt er:

1. Die absichtliche und unabsichtliche Missdeutung der Idee der Gleichheit. "Die Gleichheit reicht grundsätzlich über alle zufälligen Bindungen hinweg, die den Menschen entweder angeboren werden oder die sie sich selber auferlegen. Weder seine Familie, noch sein Staat, sein Vaterland, seine Nation, sein Beruf, sein Geschlecht, seine Rasse können ihm einen Grund liefern, der Idee der Gleichheit zuwider zu handeln".

2. Die Ablehnung des Privateigentums war eine falsche Folgerung aus dem Prinzip der Gleichheit. "In Wirklichkeit bezieht sich die Gleichheit der Menschen nur auf die Gleichheit ihrer Würde, nicht auf die Gleichheit der Interessen oder Fähigkeiten. Jeder soll die gleiche Möglichkeit haben, seine Bedürfnisse zu befriedigen, zu Wohlstand und Bildung zu gelangen. Das ist es, was alle gleicher Weise bekommen sollen. Dem widerspricht der Kollektivismus sogar! Denn er lässt das Bedürfnis nach Freiheit unerfüllt und zwar ohne Not". Martin Hart folgert weiter, dass durch die Ablehnung des Privateigentums und die dadurch entstandene kollektivistische Wirtschaft dem Sozialismus "grosse Massen von Gegnern, wie sie das gesamte Kleinbürger- und Bauerntum, aber auch die freiheitlich gesinnten Teile des Bürgertums darstellen, denen idealistische Zwecke sonst durchaus einleuchten könnten, abwendig gemacht wurden."

3. "Die Arbeiter haben kein Vaterland". Als Wahrheitskern dieses Satzes betrachtet Hart den Umstand, "dass ein Vaterland, in dem die eigenen Volksgenossen einem das Leben zur Hölle machen, einem gestohlen bleiben könne, und dass der misshandelte Proletarier kein Interesse daran haben könne, seine Haut zu Markte zu tragen, wenn innerhalb der Ausbeuterschichten Streit darüber begänne, wer den Löwenanteil an der Beute haben sollte". Die daraus folgende Desinteressierung an allen nationalen Fragen, ausgedrückt in dem Satz: "Die beste Aussenpolitik ist überhaupt keine", sei ein kompletter Unsinn gewesen und habe so die Aussenpolitik als Monopol herrschenden Klassen überlassen.

4. Das sog. materielle Interesse, die Tatsache, dass in der modernen Klassengesellschaft der Egoismus herrscht. "Wie es nicht mal unter den "Kapitalisten" nur Schurken gibt und ideenlose Profitjäger, so kann das auf Befreiung ausgehende Proletariat sich schon gar nicht damit abfinden, als Motiv für seine Befreiungs-Aktionen, die ja der ganzen Menschheit dienen sollen, blossen Eigennutz gelten zu lassen".

5. Die Diktatur des Proletariates, denn

a) dieses sei niemals, wie so vieles, eindeutig erklärt worden.

b) "Niemand, auch ein Sozialist nicht, darf sich wundern, dass die Menschen nicht aus dem kapitalistischen Regen in die Proletariertraufe kommen wollen, wenn beide nur verschiedene Formen von Diktaten sein sollen. Es hätte gewiss Verständnis dafür gefunden, wenn man gesagt hätte, dass ohne manche Zwangsmassnahmen die grossen Ideen des Sozialismus nicht durchgeführt werden könnten. Aber eine Diktatur wäre dann eben nicht nötig geworden, und das sie fordernde Wort hätte aus dem Propagandaschatz der Sozialisten ganz weggelassen werden können".

6. Die marxistische Theorie, dass ohne Revolution die entscheidende Aenderung der Klassenlage nicht durchgeführt werden kann, wurde nicht als ungültig erklärt, obwohl die reformistische Auffassung, dass weder die Revolution, noch die Diktatur des Proletariats etwas anderes bedeuten konnten als blutige Verzögerungen auf dem friedlichen reformistischen Weg, in den Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationalen gesiegt hatte.

Martin Hart versteht unter Reformismus nicht Versuche innerhalb der kapitalistischen Welt Vorteile für die Arbeiter herauszuholen, sondern durch freie Gewerkschaftsbewegung. "Nur eine Arbeiterschaft, die nicht von früh morgens bis spät abends in der Tretmühle und unter dem Dauerdruck bitterster Sorgen steht, hat den Kopf wenigstens etwas frei, über die weitere Befreiung wirksam nachzudenken. Diese Vorstufe für die sozialistische Befreiung ist nicht das einzige, was an der Gewerkschaftsarbeit zu loben ist. Schon die unmittelbaren Vorteile, die die Kollegen aus der Tätigkeit der Gewerkschaften ziehen, sind etwas, was den Kampf lohnt".

7. Der Sozialismus verlor seinen eigentlichen weltanschaulichen Charakter, sein Humanitätsbewusstsein. Man vergass, dass der Sozialismus ein Ideal ist,

"dem wir vernünftige Menschen nachstreben sollten..Aus der blossen Tatsachefeststellung zeitlich bedingter Erscheinungen glaubte man ein Gesetz erschliessen zu können und unterliess den nötigen Aufbau einer wissenschaftlichen einwandfreien Ethik und damit einer unanfechtbaren Begründung des Sozialismus überhaupt".

Wie kann man aus der Krise herauskommen?

"Die Sozialisten sind drauf und dran, sich ganz um jeden Einfluss zu bringen, weil sie es nicht verstehen, aus den Erfahrungen zu lernen". Daher muss:

1. Die Klassenlage auf alle Fälle immer bedacht werden bei allen Schritten, die Sozialisten zu befürworten.
2. Jeder, der noch ein Organ hat, herausgeholt werden, um die Front der Antibarbarischen zu verstärken. Der Antibarbarismus muss international werden. Er darf nicht beim Neinsagen stehen bleiben, sondern muss zur positiven Tat kommen.
3. Eine verstärkte Tätigkeit der Sektionen einsetzen, die die nationale Tätigkeit in die internationalen Erfordernisse einspannt.
4. Die nationalen Interessen auch von den Sozialisten unterstützt werden.
"Haben so die Sozialisten den Nachweis gebracht, dass sie durchaus nicht Volksinteressen hinter Parteiinteressen zurückstellen, dann werden sie grössere Aussichten haben, auch innenpolitische Kämpfe zu gewinnen."
5. Die in der Internationale vereinigten Sozialisten im Einzelfall in offener Aussprache entscheiden, was gerecht oder ungerecht ist.
6. Viel mehr internationale Gesinnung geweckt werden.
7. Sich grössere Lernbereitschaft und mehr Mut durchsetzen, um das Restaurierungswerk gelingen zu lassen.
8. Die Ideale des Rechtes und der Brüderlichkeit wieder mehr betont werden.
"Die Brüderlichkeit, die wir durchsetzen wollen, muss zunächst unsere eigenen Reihen erfassen, ehe wir anderen davon erzählen können."

Martin Hart schliesst seinen Artikel mit den Worten: "Die Erfahrung hat gezeigt, dass wir, die jene Forderungen nicht heute zum erstenmal erheben, damit mehr als recht hatten. Niemand hindert die Sozialisten daran, sie zu beschliessen als ihre eigene Trägheit. Wenn man der noch lange frönt, ist es zu spät!"

b) Sozialistischer Streit in der Schweiz

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat in den eigenen Reihen eine schwere Enttäuschung erlebt. Gegen den klaren Parteibeschluss hielt Léon Nicole seine Kommunistenfreundlichkeit aufrecht. "Er bewegt sich in Gedankengängen, die denen Moskaus verflucht ähnlich sind". ("Freie Innerschweiz" 9.1.39). Dies musste zu einer Auseinandersetzung mit der S.P.S. führen. Seine Bekämpfung der interparteilichen Zusammenarbeit beim Abstimmungskampf vom 27. November 1938 machte den Krug voll. So wurde am 7. Jan. 39 vom Parteivorstand der S.P.S. mit 44 gegen 6 Stimmen folgender Beschluss gefasst: "1. Der Parteivorstand der S.P.S. stellt fest, dass während des Abstimmungskampfes um die Uebergangsordnung des Finanzhaushaltes (Volksabstimmung vom 27.11.38) sowohl die S.P. des Kantons Genf, als insbesondere Genosse Nicole eine Haltung eingenommen haben, die mit den Beschlüssen des schweizerischen Parteivorstandes und mit der Parteidisziplin in schärfstem Widerstand stehen. Der Parteivorstand ist ferner zu der Feststellung gezwungen, dass diese Disziplinlosigkeit der Genfer Genossen nicht eine einmalige Erscheinung ist, sondern die konsequente Fortsetzung einer langen Reihe ähnlicher Verstösse bildet, die in den letzten Jahren immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der schweizerischen Partei und der S.P. des Kantons Genf geführt haben. Ein längeres Andauern dieses Zustandes würde die Zusammenarbeit zwischen der S.P.S. und der S.P. Genf vollkommen verunmöglichen. Der schweiz. Parteivorstand spricht daher gegenüber den verantwortlichen Organen der S.P. Genf und insbesondere gegenüber den Genossen Léon Nicole den schärfsten Tadel aus. 2. Der Parteivorstand erteilt der Geschäftsleitung der S.P.S. aus-

drücklich Vollmacht und Auftrag, bei einer allfälligen Wiederholung solcher Verstösse sofort dem Parteivorstand Bericht und Antrag zur Beschlussfassung über geeignete Massnahmen zu unterbreiten".

Die "Freie Innerschweiz" schreibt am 9. Jan. u.a. dazu: "Es ist kein Zweifel, dass die S.P.S. Ernst machen wird mit dem Abbruch der Beziehungen mit der Genfer Partei, wenn Nicole und die von ihm geführte Partei nichts lernen wollen." Léon Nicole selbst glaubt, sich rechtfertigen zu können. Er schreibt im "Travail" vom 9. Jan. kurz zusammengefasst folgendes: 1. "Die politische Entwicklung in der Schweiz wird bald beweisen, ob die S.P. Genf recht oder unrecht hatte, als sie die interparteiliche Zusammenarbeit bekämpfte, die zum Finanzkompromiss geführt hatte, der am 27. Nov. der Volksabstimmung unterbreitet worden ist. Der Parteivorstand der S.P.S. scheint schon in seiner Mehrheit, wenn nicht einstimmig eher Genf recht zu geben. Er erklärte doch, dass die interparteiliche Zusammenarbeit gebrochen wurde... Aber wir leben in einer Zeit, wo man einer Minderheit am wenigsten vergibt, wenn sie gegen eine Mehrheit recht behält." 2. "Wir erlauben uns dem beizufügen, dass die Schweizer Kämpfer im republikanischen Spanien, die man begrüsst und verehrt, Sozialisten und Kommunisten, einheitlich und solidarisch Seite an Seite gekämpft haben, ohne die Richtungskämpfe und die Konkurrenz der "Parteiläden" zu beachten. Sie werden selbst erstaunt sein, dass ihr Empfang in der Schweiz und die Kampagne für die Amnestie nicht unter denselben Bedingungen organisiert werden konnte, wie jene, die ihnen ermöglicht hat, den internationalen Faschismus an den Fronten der Freiheit, im republikanischen Spanien aufzuhalten.

2. K o m m u n i s m u s.

Uebersicht

a) Dimitroff über die Aufgaben des Kommunismus 1939

Dimitroff, der Chef der Komintern, d.h. der über alle Länder der Welt ausgebreiteten und von Russland dirigierten kommunistischen Internationale, legt in der Zeitschrift gleichen Namens in einem Artikel "Einheitsfront des internationalen Proletariats und der Völker gegen den Faschismus" seine Gedanken über die Zukunft und Aufgaben des Kommunismus dar. Er fragt einleitend nach dem Grund der faschistischen Erfolge. Er sieht ihn in der Angst der bürgerlichen Regierungen vor dem Kommunismus. Diese Angst liess die kollektive Sicherheit zerbrechen und die Erhaltung des deutschen Faschismus als "Gendarmen Europas" notwendig erscheinen.

Die Konferenz von München gibt Dimitroff neue Hoffnung. Nicht, weil hier der Frieden gesichert sei. Im Gegenteil, "es geht den faschistischen Mächten um die Neuaufteilung der Welt". Wohl aber, weil der von profaschistischen Kreisen und auch von Führern der II. Internationale in München "geschaffene Nebelvorhang" schnell zu verfliegen beginnt". Die Volksbewegung nach München gegen die faschistischen Raubabkommen habe grosse Ausmasse erreicht.

Angesichts dieser Lage sind nach Dimitroff die Aufgaben der Werktätigen aller Länder folgende:

1. Die Politik der räuberischen Abmachungen zwischen faschistischen Aggressoren und den imperialistischen Cliquen Englands und Frankreichs zu sprengen,
2. Die Reaktion, die in den Ländern der bürgerlichen Demokratie ihr Haupt erhebt, zurückzuschlagen,
3. Den Sieg des spanischen und chinesischen Volkes zu sichern,
4. Die Völker der kleinen Länder zu verteidigen,
5. Den vom Faschismus unterjochten Völkern zu helfen.

Wie soll dieses Ziel erreicht werden? Der Schöpfer der Volksfront und der Idee des trojanischen Pferdes bleibt seinem Ideal treu. Trotz vieler entscheidender Misserfolge in England, der Schweiz und neuerdings sogar in Frankreich, dem klassischen Volksfrontland, proklamiert er von neuem "die Schaffung der internationalen

Einheitsfront". Als nächstes Ziel schwebt ihm eine "internationale Arbeiterkonferenz" vor. "Eine solche Konferenz von Delegierten der Arbeiter-Organisationen aller Länder könnte für die Verteidigung Spaniens, Chinas, sowie für die Verteidigung der sozialen Errungenschaften und der demokratischen Freiheiten Wichtiges leisten... Wenn die Arbeiterklasse sich ihrer Sendung bewusst ist, kann es kein unüberwindliches Hindernis für die Aktionseinheit der internationalen Arbeiterbewegung geben. Die Zukunft gehört nicht dem verfaulenden Kapitalismus und dem Faschismus, sondern dem Sozialismus".

b) Zwei Gewerkschaftskongresse in U.S.A.

Ende der Volksfronthoffnungen in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten Amerikas fanden November 1938 kurz hintereinander zwei Kongresse der grössten Gewerkschaftsverbände statt. In Houston (Texas) tagte die seit 1886 bestehende und von Samuel Gompers gegründete AF of L (American Federation of Labor). Sie besass im Jahre 1909 erst 1,482,000 Mitglieder und zählt heute trotz der im Jahre 1935 durch Lewis erfolgten Abspaltung des C.I.O. (Comitee for Industrial Organisation) gut 5 Millionen. Das C.I.O. hielt in Pittsburg seinen "ersten konstituierenden Kongress" ab. Es vertrat nach einem Bericht des Komitees 4 Millionen Arbeiter. Damit sind heute in Amerika wenigstens 9 Millionen Arbeiter organisiert; eine bisher in diesem Land ganz unerhörte Zahl.

In beiden Gewerkschaftsverbänden sind Sozialisten, Trotzlisten, Anarchisten und Kommunisten vertreten. Die kommunistische Partei vermochte, obgleich sie nach eigenen Angaben nur 75,000 Mitglieder zählt - die Zahl stammt aus dem Oktober 1938 und dürfte inzwischen gewachsen sein - infolge ihrer bessern Parteidisziplin in beiden Gewerkschaften sich führende Stellen zu erobern. In dem radikaleren C.I.O. unter Führung Lewis, von dem manche behaupten, er sei selbst geheimer Anhänger der K.P., nimmt dies nicht wunder. Aber auch in der Streiks und Klassenkampf abholden AF of L erlangten sie immer grösseren Einfluss. Man konnte somit erwarten, die so oft versuchte Einigung der beiden Gewerkschaftsverbände würde diesmal zustande kommen und die einheitliche Volksfront Amerikas werde erstehen.

Präsident Roosevelt, ein entschiedener Freund der Volksfront, schien dies auch zu erhoffen und sandte deshalb an Green, den Vorsitzenden der AF of L ein Begrüssungsschreiben mit der unverhohlenen Aufforderung, innerhalb der Arbeiterschaft Frieden zu schliessen; "Wenn die Führer der organisierten Arbeiterschaft den Frieden herbeiführen und aufrecht erhalten können zwischen verschiedenen Meinungen und Richtungen innerhalb der Arbeiterschaft selber, so wird das Ansehen der Arbeiterschaft im Lande in hohem Masse gefördert, und es werden Rückwirkungen vermieden, die unvermeidlich den Arbeitern selber schaden müssen". Es schien dies umso leichter möglich, als die Mitglieder des C.I.O. den endgültigen Bruch mit der AF of L noch nicht vollzogen hatten.

Umso erstaunlicher ist das Ergebnis: Mit nur einer Gegenstimme wurde auf dem Kongress der AF of L eine Resolution angenommen, in der der Kongress erklärte, "dass keine Lösung des Konfliktes möglich sei, solange die abgespaltene und rebellische Gruppe des C.I.O. nicht ihren Vorsitzenden, J. Lewis, seiner diktatorischen Vollmachten entkleidet oder J. Lewis sich freiwillig zurückzieht. Das Resolutionskomitee, das die betreffende Entschliessung unterbreitete, empfahl die "Fortsetzung des Kampfes".

Daraufhin erweiterte auch Lewis seinerseits die Kluft zwischen den Gewerkschaften und konstituierte das C.I.O. als "permanente Organisation". Es geschah dies anscheinend in der Hoffnung, die AF of L allmählich aufsaugen zu können. Die weiteren Gründe zu diesem Bruch scheinen heute mehr in persönlichen Differenzen und den diktatorischen Anwandlungen Lewis als in sachlicher Verschiedenheit der Ziele zu liegen. Freilich behält Lewis den Fuss zwischen der Türe, wenn er zugleich schreibt: "Wir meinen, dass selbst die gerechtfertigste Erbitterung über die Verleumdungen mit denen unsere Bewegung überhäuft wurde, nicht der Verwirklichung eines so wichtigen Ziels im Wege stehen darf, wie es die Herstellung der

Einheit ohne Aufgabe der Industrieorganisationen ist, jener Einheit, die von der grossen Mehrheit der in dem C.I.O. und in der AF of L organisierten Arbeiter gewünscht wird". Immerhin sind nunmehr die Hoffnungen der Volksfront in Amerika für lange Zeit auf ein Minimum gesunken.

c) Auflösung des Kommunismus in der Schweiz?

Sicher war Einheit und eine einheitliche politische Parteiführung nie nötiger als heute. Auch die Kommunisten sind zu dieser Einsicht gekommen. Das "Volksrecht" vom 5. Jan. 1939 ergreift ihre zur Versöhnung dargebotene Hand unter dem Titel: "Einheit durch Liquidation der K.P." und sagt: "Die Einheit geht in erster Linie über die Liquidation der K.P.S. und aller ihrer Sektionen und Nebenorganisationen". Sie habe ja ihre Existenzberechtigung, sofern sie sie überhaupt jemals besass, verloren, denn ihre Anhänger seien auf ein Minimum zusammengeschnitten und ihr parlamentarisches Gewicht sei heute gleich Null. Die K.P.S. könne als bedeutungslose Gruppe nichts mehr zugunsten der Arbeiterschaft tun. Zudem werde die Liquidation der K.P.S. durch ihre eigene Lage erleichtert. Und selbst die Komintern habe eingesehen, dass jeder Wiederbelebungsversuch an der K.P.S. nutzlos sei. Sie begreife daher auch, dass die schweizerischen Kommunisten, "in Schönheit sterben, oder in einer Form verschwinden wollen, die kein Aufsehen erregt oder das Eingeständnis der offenen Niederlage erspart, ganz abgesehen von der noch kühneren Hoffnung, in einer andern Form weiterzuleben, wie sie von einer Gruppe genährt wird, die jetzt nach "Einheit" schreit und dabei machiavelistische Absichten verfolgt. . Jawohl, Einheit, aber auch Klarheit." Laut Parteibeschluss der S.P.S. können ehemalige K.P.S.-Mitglieder in der S.P.S. Aufnahme finden. Nur so werde die Schaffung der Einheitspartei verwirklicht.

3. Nationalsozialismus.

Kalender und nationalsozialistische Weltanschauung

Die Hüter nat. soz. Weltanschauung sind sich der Bedeutung des Kalenders für die totale Erziehung des Menschen voll und bewusst. Er ist es, der in die verschlossensten Stuben dringt; nicht mit einmaliger, veräusserlicher Propagandarede, sondern tagtäglich, ein beharrlicher Erzieher, der Zeit hat! Christliche Kalender gibt es in Deutschland zwar noch, doch werden sie genötigt, mit der christlichen Weltanschauung die neue zu vermengen. 24 nationale Gedenktage scheinen obligatorisch zu sein neben den 5 Eintopftagen. Horst Wessel, Schlageter, Richtofen, Bismarck, Dietrich Eckhart sind die neuen Namen, von denen die alten Heiligen verdrängt werden.

Wichtiger als diese Vermengung entgegenstehender Weltanschauungen ist die Flut rein nationalsoz. amtlicher Kalender. Sie sind reich ausgestattet und zu überraschend billigen Preisen erhältlich. Schon die Aufzählung zeigt, dass es dem Nationalsozialismus um eine totale Erfassung aller Berufsgruppen zu tun ist. Die nat. soz. Monatshefte geben einen Ueberblick. Danach gibt es: einen "NSDAP Standarten-Kal.", einen "NS-Frauenkal.", einen rassenpolitischen Kal. "Neues Volk", einen "SA-Kal.", einen "SS-Kal.", einen Kalender für das Bauerntum "Deutsches Landvolk", einen "Deutschen Luftfahrskal.", einen "Deutschen Werkskal.", einen "Kal. der deutschen Arbeit", einen Kalender "Kultur u. Natur", einen Kalender "Das schöne Deutschland", einen Kal. "Schönes deutsches Oesterreich", einen Kal. "Deutsche Erde", einen "Bildkal. der deutschen Leibesübungen", einen "Jahrweiser für den deutschen Luftschutz", einen "Jahrweiser f. d. deutsche Wehrmacht", einen "Flugkalender", einen "Zeppelinkal.", einen Kal. "Deutsches Leben", einen "Kal. Deutscher Künstler", u. a. m. Alle diese Kalender sind mit nat. soz. Weltanschauung getränkt.

1. Alte und neue Heilige und Feste.

Heilige sind selbstverständlich keine in diesen Kal. zu finden; auch nicht, wenn sie sich für das deutsche Volk grosse Verdienste erworben haben. An ihre Stelle treten

Forts. siehe S. 11

4. P r o t e s t a n t i s m u s .

Auseinandersetzungen in der schweiz. reformierten Landeskirche.

Mit Abschluss des Jahres 1938 stellte die "Freitagszeitung für das reformierte Schweizervolk", vormals "Reformierte Schweizer Zeitung", die nunmehr den 17. Jahrgang vollendete, ihr Erscheinen ein.

Das Eingehen des Wochenblattes fällt den beiden führenden Männern Pfr. H. von der Crone, Zumikon und Direktor Rud. Grob überaus schwer. Zwei Abschiedsartikel der letzten Nummer beweisen dies. Sie sind nicht tränenfeucht, aber die Feder ist in Gift getaucht, die hier schreibt:

Was brachte die "Freitagszeitung" zu Fall? Es war weder Geldmangel, noch Abonnentenzahl! "... und ausgerechnet jetzt, wo unser Blatt finanziell so gut steht, wie noch nie, müssen wir es preis geben" schreibt Rud. Grob. Den Grund der Auflösung deutet Rud. Grob mit folgenden Worten an: "Ihr habt uns eine Menge Briefe geschrieben, dass ihr das nicht verstehen könnt. Wir können nur wiederholen, was wir schon so oft und so vielen gesagt haben: Es ist heute Theologen in der Schweiz nicht mehr möglich, an einem Blatte mitzuwirken, das zwar die nationalsozialistische Weltanschauung bekämpft, aber in der aussenpolitischen Betrachtung gegenüber dem Nachbarn im Norden eine ähnliche Stellung einnimmt, wie es der Bundesrat getan hat.

Von marxistischer Seite, vor allem vom "Volksrecht", wurde gegen unseren Redaktor ein Feldzug der Lügen und Verleumdungen geführt, der ihn in seinem kirchlichen Amt angriff. Er wurde als "Nazipfarrer" gebrandmarkt und mit hinterhältigen Verdächtigungen planmässig heruntergemacht. So sah er sich aus Verantwortung seiner Gemeinde gegenüber genötigt, auf die Mitarbeit an unserer, in Deutschland meistens beschlagnahmten Zeitung zu verzichten und die demokratischen Rechte der freien Meinungsäusserung in politischen Fragen nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Ähnlich erging es auch dem Unterzeichneten".

Es ist also vornehmlich ein politischer Grund, dessentwillen der Redaktor und sein Hauptmitarbeiter sich von dem Blatt zurückziehen wollten. Sie fanden keinen Nachfolger und so lösten sie die Zeitung auf. Insbesondere die "politische Rundschau" gab Anstoss zu vielen Schwierigkeiten. Die dort niedergelegten Anschauungen mit *** gezeichnet verrieten eine starke und eigenwillige Meinungsbildung, die sich oft sehr wesentlich von dem in den Tageszeitungen Gebotenen unterschieden. Weltanschaulich wurde zwar auch hier der Nationalsozialismus immer klar und deutlich abgelehnt, aber in allen nicht rein religiösen Belangen schlägt in der Brust des Dreisternemannes ein gut nationalsozialistisches Herz. Eine flüchtige Durchsicht der letzten Nummer der "Freitagszeitung" beweist dies nur zu klar. Gelobt wird Daladier und Reynaud, gelobt der elsässische Abgeordnete Oberkirch von der Marin-Gruppe, der eine entschiedene antimarxistische Politik verlangt. Gerade der folgende Satz Oberkirchs wird zitiert: "Die Marxisten wenden ja doch nur die schlechten Seiten des Nationalsozialismus an; die genialen Taten, die in Deutschland erzielt werden, bringen sie nicht zustande". Getadelt wird die Volksfront, die Kommunisten werden "Schreibstubenhelden" und "russische Söldlinge" genannt. Der Kommunist Pére "kräht mit heiserer Stimme". Blum "fängt zu schluchzen an". Die Rechte durchschaut "das Theater". Die Volksfront heisst "Riesenschlange". Daladier packt die "Riesenviper" am Genick. Er tut gerade "das Gegenteil des Bolschewismus und der Volksfront und der ganzen blutrünstigen Gilde des roten Pazifismus". Weiter ist von der Linken als "volksfröntlerischen Kriegshetzern" die Rede und der Verständigung mit Deutschland wird das Wort geredet.- Vom Osten heisst es: "Der Matin gibt schlicht und einfach zu, dass Frankreich besser täte, seinen Blick nach Tunis, Marokko und dem Sudan zu richten, statt sich in die Angelegenheiten der Donau- und Weichselvölker einzumischen. Von einer Einmischung Deutschlands lesen wir nichts.

Doch seien wir ehrlich, nicht alles in Deutschland wird gelobt. In No.51 steht der Satz: "Aber jedes Unrecht rächt sich. Die Judenverfolgung in Deutschland wird sich rächen, so gut wie die Christenverfolgung in Rotspanien, Russland und Sandschak. Die Rache über den Sandschak ist schon im Anmarsch. Die Araber Syriens haben zugesehen, wie Frankreich ihre Volksgenossen im Sandschak den Türken auslieferte..." Von der Rache über Deutschland lesen wir nichts weiter.

Von Amerika heisst es: "Die europäischen Volksfröntler finden im amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt einen grossen Helfershelfer. Nach der Niederlage, die Roosevelt bei den Wahlen ins Repräsentantenhaus getroffen hatte, schaltete er sich noch einseitiger der in Europa üblichen Volksfrontpolitik gleich. Durch einen grossen aussenpolitischen Lärm soll die Masse des Volkes, die über die Innenpolitik Roosevelts in wachsendem Masse verärgert ist, wieder in die gleiche Reihe gebracht werden". Wieder werden die Deutschen sanft getadelt wegen der Judenverfolgung, aber Roosevelt verspottet, weil ihm die amerikanische Hebräer-Medaille verliehen wurde. "In dem hohen Rate der Juden, welcher mit der Verleihung betraut wurde, sassen namentlich auch der Hauptberater Roosevelt, Bernard Baruch, ferner Morgenthau und der New Yorker Oberbürgermeister La Guardia". Weiter unten heisst es: "Ein Kreis von amerikanischen Politikern, die gewiss auch auf die Erteilung der Hebräer-Medaille hoffen können, arbeitet planmässig auf einen Bruch der diplomatischen Beziehungen hin. Senator King von Utah hat am 24. Dezember öffentlich erklärt, er sei für einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland, solange das Dritte Reich seine bestialischen Pogrome weiterführe" usw.

Kurz: Der Autor von den drei Sternen identifiziert sich nicht ganz mit den Taten des Dritten Reiches, aber er behandelt sie vornehm; nie wird hier von "Theater" und "Riesenviper" gesprochen, während an der Linken kein gutes Haar bleibt und Dinge als Volksfront gebrandmarkt werden, die noch lange keine Volksfront sind.

Warum hat diese Stellungnahme das Blatt zu Fall gebracht? Von einer polizeilichen Massnahme kann nicht die Rede sein. Die Angriffe der Schweizer Linkspresse konnten wohl auch nicht genügen. Angst kannten die verantwortlichen Männer der "Freitagszeitung" nicht. "Wer uns kennt, weiss wohl, dass wir durch alle Lügen und Verleumdungen nur erst recht angetrieben würden, unsere Arbeit weiter fortzusetzen, wenn wir dies mit unserer Arbeit innerhalb der Kirche vereinigen könnten".

Der Grund muss also innerhalb der protestantischen Kirche selber liegen.

Welches hier die widerstrebenden Kräfte waren, wird nicht deutlich gesagt. Grob schreibt: "Dazu müssen wir uns freilich auch folgendes sagen: Wir haben vor der stets mehr drohenden Gefahr der Verquickung von Politik und Christenglauben eindringlich gewarnt. Wir haben uns gegen jene Theologen gewandt, die zwischen ihrer politischen Weltanschauung und der Verkündigung von Gottes Wort keinen Unterschied machen. Wir haben gegen die verpolitisierten Predigten, die einseitigen politischen Proteste kirchlicher Versammlungen und gegen den Missbrauch der Liebestätigkeit zu politischer Propaganda scharf und entschieden gekämpft. Sind wir aber nicht immer wieder der Versuchung erlegen, die Verkündigung der ewigen Wahrheit mit dem Vertreten unseres menschlichen, vergänglichen, politischen Urteils allzu nahe in Zusammenhang zu bringen? Und wenn wir einem Krebschaden unserer heutigen Kirche, eben der unheilvollen Vermengung von Gottes Wort mit einer äusserst fragwürdigen politischen Weltanschauung entgegenwirken wollten, war es dann in der heutigen, von hochpolitischen Spannungen geladenen Zeit nicht geboten, auch den bösen Schein zu meiden und als Theologen auf die Weiterführung einer Zeitung zu verzichten, die sowohl politische als kirchliche Fragen besprach?" und von der Crone: "Wo mit Auseinandersetzungen über rein politische Fragen die kirchliche Arbeit in Schwierigkeiten gerät, heisst es sich für das eine oder andere entscheiden. Ein Ausharren in diesen aufreibenden Spannungen würde unter Umständen als tapfer, bewundernswert, heldenhaft beurteilt, würde sogar vielleicht in ein gewisses Martyrium ausarten. Aber nur vor der Welt. Es wäre Trotz."

Trotz aber ist nicht Gehorsam. So stecken wir das Schwert in die Scheide und weichen. Wir beanspruchen für diesen Schritt weder Bewunderung noch Mitleid. Denn es begleitet uns in unseren Abschied das Bewusstsein: "Wir sind unnütze Knechte".

Man wird vermutlich zwei Hauptgegner bezeichnen müssen, die den Untergang der "Freitagszeitung" herbeiführten: Der eine ist die grosse Anzahl von sozialistisch-pazifistisch orientierten protestantischen Pfarrherren, angefangen von Prof. Ragaz, Pfr. Trautvetter, Gerber, Lejeune, Tischhauser, Hübscher, Bachmann, bis zu der zahlreichen nachrückenden Jugend. Ihnen musste natürlich eine Sprache, wie die der "Freitagszeitung" sehr lästig erscheinen. Freilich hatte gerade ihnen gegenüber die Richtung Grob und von der Crone einen ausgleichenden Gegenpol geschaffen.

Der zweite Gegner der "Freitagszeitung" aber ist im gesamten Anhang des Basler Professor Karl Barth zu suchen, der aus theologischen Gründen - er war ja der geistige Führer der deutschen Bekenntniskirche - allen totalitären Staatsideen den heftigsten Kampf angesagt hat. Bereits in seiner Schrift: "Von der Sorge unseres Staates und der Not unserer Kirche" beurteilt Dr. Arthur Frey, der sich als Gefolgsmann Karl Barths aufspielt, das 1937 erschienene Buch Rudolf Grobs über die deutsche Kirchenverfolgung wegen seiner weitgehend toleranten und verständnisvollen Haltung als eine Katastrophe.

Der erste Streit mit der "Freitagszeitung" entbrannte jedoch anlässlich der Broschüre Karl Barth's: "So wahr mir Gott helfe", in der der berühmte Professor den vom deutschen Staat durch Dr. Werner geforderten Eid auf Adolf Hitler als mit der freien Verkündigung des Evangeliums unter den heutigen Umständen unvereinbar ablehnt. Der Eid wurde bekanntlich von den meisten Pfarrern auch der bekennenden Kirche geleistet. Prof. Barth kommt zu dieser Stellungnahme aus der beigelegten "Eidesbelehrung", die die Begriffe "Treue" und "Gehorsam" als "innerste Verbundenheit" auslegt, was weit über die vom Neuen Testament geforderte Unterordnung unter die "Obrigkeit" hinausgehe. Die "Freitagszeitung" ergreift nun für die eidleistenden Pfarrer Partei und beschuldigt Prof. Barth einer einseitigen und falschen Darstellung des Sachverhaltes.

Der Streit erhöhte sich durch den Brief Prof. Barth's, der die Runde in der gesamten Presse machte, an den tschechischen Theologieprofessor Hromadka vom 19. Sept. 1938, in dem der Satz steht: "Jeder tschechische Soldat, der dann kämpft und leidet, wird dies auch für uns und -ich sage es jetzt ohne Rückhalt - er wird es für die Kirche Christi tun, welche in der Umgebung von Hitler und Mussolini entweder der Lächerlichkeit verfallen oder zerschmettert wird". Dies veranlasste die "Freitagszeitung" zu einer "offenen Anfrage an Herrn Prof. Dr. theol. Karl Barth in Basel". Darin heisst es: "~~Wir glauben auf Grund der Heiligen~~ Schrift, dass der Gehorsam, den ein Bürger als Soldat seiner Obrigkeit entgegenbringt, wohl im Glauben an den Herrn der Kirche geschehen kann, der uns in seinem Wort befiehlt, der Obrigkeit untertan zu sein, dass aber die Ausübung der Waffenpflicht, auch wenn sie der gerechten Verteidigung des Vaterlandes gilt, nicht als ein Dienst für die Kirche Christi bezeichnet werden darf. Warum sollte hier der tschechische Soldat eine Ausnahme machen?

Wenn aber davon die Rede ist, dass einer etwas für die Kirche Christi tue, so kann es sich in erster Linie nicht um ein politisches, sondern um ein theologisches Urteil handeln; und wir fragen Sie darum als Lehrer der reformierten Theologie, aus welcher Erkenntnis Sie Ihr obiges Urteil begründen?

Wie vereinigen Sie es damit, im gleichen Brief das Nachlassen des Pazifismus der Nachkriegszeit zu bedauern, wenn Sie zugleich wünschen, dass - für die Kirche Christi - jeder nur menschenmögliche Widerstand an der Grenze der Tschechoslowakei geleistet werde?

Schon zweimal haben wir Sie, sehr geehrter Herr Professor, über ähnliche Aeusserungen, welche das Verhältnis von Staatsgewalt und Kirche betreffen, in unserem Blatte um Auskunft gebeten (in Nr. 16 des Jahrganges 1936 und in Nr. 8 des Jahrganges 1937). Leider sind Sie jedesmal einem Bescheid ausgewichen. Wir rufen

Ihnen heute Ihre Verantwortung in Erinnerung, die Sie als Lehrer der reformierten Kirche und als Verkündiger des Wortes Gottes vor der christlichen Gemeinde haben und bitten Sie, diesmal der so dringlich aus den Kreisen der christlichen Gemeinde an Sie gestellten Frage nicht auszuweichen".

Prof. Barth lehnte eine öffentliche Diskussion mit der "Freitagszeitung" ab, worauf diese nochmals ihren Standpunkt darlegte und dem Professor Unsachlichkeit vorwarf und noch schlimmere Vorwürfe gegen ihn erhob. So schreibt sie: "Was sollen die bekennnistreuen Christen in Deutschland davon halten, wenn Prof. Karl Barth, ihr einstiger Lehrer, zur Auslegung des heiligen Evangeliums die Schlagworte der schweizerischen und der französischen Volksfront benützt und sie nicht nur zum Kampf um die Freiheit ihrer Kirche, sondern auch zum politischen Aufruhr gegenüber der ihnen verordneten Obrigkeit aufruft? So wird heute tragischerweise Prof. Karl Barth an der Verfolgung der deutschen Kirche gegen seinen eigenen Willen mitschuldig, wenn bekennende Christen in Deutschland unschuldig unter den Verdacht staatsgefährlicher Umtriebe geraten. Die zunehmende Gleichschaltung von politischer Weltanschauung und Gottes Gebot muss aber auch, wenn ihr nicht beizeiten gesteuert wird, in unserer schweizerischen Kirche die verheerendsten Folgen haben".

Diese immer tiefer werdende Kluft erfüllte nunmehr die Herausgeber der "Freitagszeitung" mit sehr ernster Besorgnis. In der kirchlichen Rundschau der letzten Nummer schreibt H. von der Crone nochmals über Prof. Barth. Diesmal über seinen Streit mit Erich Schick, Lehrer am Missionshaus in Basel, über Pietismus und Mission, in dem Barth sehr scharfe Worte hatte fallen lassen. Dann schreibt von der Crone: "Es bewegt uns angesichts dieser Begebenheit aus der neuesten Kirchengeschichte die eine grosse Sorge, die eigentlich dahinter steht, die Sorge um die Einheit der Kirche ... Diese Einheit wird gestaltet aus dem Wort. Sie wird erhalten durch den Hl. Geist... Die Eigenart dieser Einheit schliesst jede Gewalt aus. Es kann auch innerhalb der Kirche Vergewaltigungen geben. Nicht nur wenn, wie in Deutschland oder Polen, Staat und Partei sich einmischen und polizeiliche Gewaltmassnahmen vornehmen. Viel gefährlicher ist die Gewaltanwendung, die scheinbar für sich das Recht des Bekenntnisses und des Glaubens beanspruchen kann und sich auf das Wort Gottes berufen will, tatsächlich aber ganz gewöhnliche Menschenherrschaft ist... Eine Einseitigkeit zur Liebhaberei geworden, wird zur Hauptsache gemacht und diese mit der ganzen Wucht seines persönlichen Einsatzes verteidigt... "

Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir vermuten, dass eben diese Sorge um die Einheit der Kirche auch den Hauptgrund zur Auflösung der "Freitagszeitung" war.

Als gewisser Ersatz für die "Freitagszeitung", jedoch ohne politische Rundschau, erscheint nunmehr im Zwingli-Verlag, Zürich, Sihlstr. 33, die Monatschrift "Der Grundriss" unter der Schriftleitung von Lic. Gottlieb Spörri, dem Vorsteher der Diakonissenanstalt Neumünster, Zollikerberg, der durch verschiedene Publikationen im Rahmen der Oxfordbewegung bereits bekannt ist. H. v. der Crone hat wieder die "kirchliche Rundschau" übernommen und Rudolf Grob beteiligt sich bereits in der ersten Nummer mit einer Arbeit über "Die Bibel und die menschliche Gemeinschaft". Die Zeitschrift umfasst 36 Seiten Kleinformat.

Als Leitartikel gibt Lic. Spörri der Zeitschrift ein Geleitwort mit auf den Weg. Um drei Fragen gruppiert er die Aufgaben derselben. Grundriss der Zeitschrift müsse die Hl. Schrift sein. "Unsere Zeitschrift wird gleichsam Menschen um diesen Grundriss zu gemeinsamer Schau, Besinnung und Aussprache sammeln". Daneben soll gelten die "Freiheit der Vernunft": "Die Bibel fordert nicht Abdankung der Vernunft, sondern die Demütigung der Vernunft in der Einsicht, dass, was zunächst unwahrscheinlich war, sich schliesslich doch einfach als wahr bewährt: 'Die göttliche Torheit ist weiser, denn die Menschen sind'". Das Licht aber soll spenden der Hl. Geist: "Biblische Wahrheit und menschliche Vernunft können sich ebenfalls nicht zusammenfinden ohne die unfassbare und doch tragende Brücke, den Lichtstrahl des Heiligen Geistes, der eben nicht unser Geist ist, sondern Gott

selber in seiner heimsuchenden und aufschliessenden Barmherzigkeit".

Prof. Dr. Max Huber schreibt über "Das Recht und der christliche Glaube". Er betont die positive Stellung des hl. Paulus zu Staat und Recht als einer "Ordnung Gottes", die er aus der Natur und Würde des Menschen oder der Lex aeterna ableitet und die sich mit dem Glauben darin trifft, dass sie die Beziehung regelt vom Ich und Du; darin aber unterscheidet, dass Recht absolute objektive Ordnung mit Zwang besagt, Glaube spontanes Tun aus Liebe bedeutet. Recht ist eine Erscheinung des Aeons, im Reiche Gottes aber gibt es nur Liebe; das sei aller Christen auch der katholischen Kirche gemeinsame Auffassung.

Im weitern finden wir einen Brief Calvins, übersetzt von Rud. Grob, in dem sich Calvin von aller Politik lossagt und mit der göttlichen Verheissung tröstet: "Gott wird für seine Kirche sorgen, dass sie auch mitten im Weltuntergang erhalten bleibe".

In seinem oben zitierten Artikel über "Die Bibel und die menschliche Gemeinschaft" kommt Grob zu dem Schluss: "Das diesseitsgebundene Denken entscheidet nach den äusseren Formen, nach denen eine Gemeinschaft ausgestaltet wird und unterwirft sich entweder durch ein schroffes Ja oder ein leidenschaftliches Nein dem diktatorischen Gleichschaltungsbefehl der Systeme und Ismen. Das an Christus gebundene Denken lässt sich von den Scheinwerfern der Systeme und ihrer Schlagworte nicht zwingen, sondern sieht durch die sich kreuzenden Blendlichter auf den tiefsten Grund der Krise: den Aufruhr gegen Gottes Gebot. Dieser Aufruhr zersetzt die Gemeinschaft dort am gründlichsten, wo bestimmte Forderungen des göttlichen Gebotes einem System oder einem Ismus dienstbar gemacht werden."

In der kirchlichen Umschau stellt H. von der Crone die Bedeutung Emil Brunners und der Oxfordbewegung für die heutige protestantische Kirche in der Schweiz fest.

Alles in allem wird die Zeitschrift die Kreise um sich sammeln, die sich um Prof. Brunner scharten und der dialektischen Theologie fernstehen. Die Art der Darlegung ist vornehm und ohne jede direkte Polemik.

Forts.v.S.6 deutsche Politiker, Krieger, Künstler, Erfinder, industrielle Magnaten, Philosophen, insbes. die Geburtstage der lebenden Prominenten des III. Reiches, die Todestage der für die Bewegung Gefallenen, unter ihnen auch der österr. Kanzlermörder. Von religiösen Festen sind nur noch spärliche Ueberreste geblieben. Der SS-Kal. nennt: Ostersonntag und -Montag, Pfingstsonntag und -Montag, 1. u. 2. Weihnachtstag. Das ist alles! Andere Kal. verzeichnen noch Gründonnerstag und Karfreitag, Himmelfahrt und die Adventssonntage. Die Bilder zu diesen Tagen weisen keinerlei religiösen Gehalt mehr auf: So bringt auf Weihnachten der "NS-Frauenkal." ein Bild Adolf Hitlers, der auf einen Lichterbaum starrt. Dabei stehen die Worte: "Tiefer soll keine Glocke je tönen über uns und unsern Erben und Nachgeborenen als das Wort Volk". Der SS-Kal. zeigt am Weihnachtstag schmausende SS-Männer und -Frauen, im Hintergrund einen Lichterbaum und dazu den Spruch des Führers: "Wir kennen heute ein Gemeinschaftsgefühl, das weit stärker ist als dies politische und wirtschaftliche Interessen je begründen können. Es ist das Gefühl einer Gemeinschaft, die blutsmässig bedingt ist." Von der Geburt Christi ist keine Rede, dafür verzeichnet der 25. Dez. die Geburt Cosima Wagners. Der deutsche Werkkal. bringt auf Weihnachten das Bild zweier Skifahrer: "Auf froher Festtagsfahrt in die Ostmark", dazu den Spruch: "Wir im Süden, ihr im Norden sind im Kriege eins geworden". Das ist ein Beispiel. An andern Festtagen ist es nicht besser.

Statt dessen taucht eine Reihe neuer Festtage auf: so die Eintopfstage, der 1. März als Tag der Luftwaffe, der 5. März als Heldengedenktag, der 1. Mai als nationaler Feiertag, der 21. Mai als Muttertag, der 31. Mai als Skagenakttag, besonders gefeiert werden mit entsprechenden Bildern und Sprüchen die Sonnwendtage, der 1. Oktober als Erntedanktag, der 9. Nov. als Reichstrauertag mit Bildern von der "Blutfahne", der Feldherrnhalle, Ehrentempeln usw. und Sprüchen wie dieser: "Ein Feuer war entzündet, aus dessen Glut dereinst das Schwert kommen muss, das dem germanischen Siegfried die Freiheit, der deutschen Nation das Leben wiedergewinnen soll. Und neben der kommenden Erhebung fühlte ich die Göttin der unerbittlichen Rache schreiten für die Meineidigkeit des 9. Nov. 1918". (Der Führer). Forts. folgt.